



*Erinnerungstafel am
Rathaus Fürstenberg/Oder
Quelle: Günter Fromm*

GÜNTER FROMM

DER 17. JUNI 1953 UND DER NOVEMBER 1989 IN EISENHÜTTENSTADT

Rund 20.000 Bauarbeiter aus allen Teilen der DDR waren zeitweise bei Fürstenberg/Oder tätig, um den im ersten Fünfjahrplan beschlossenen Aufbau eines Eisenhüttenkombinates und einer „sozialistischen Stadt“ ab 1951 zu realisieren. Am 7. Mai 1953, am Vorabend des Tages der „Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus“, wie es damals hieß, erhielt die neue Stadt ihren Namen. In einem Staatsakt, den der Generalsekretär der SED und stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht vornahm, wurde ihr der Name Stalinstadt verliehen. Das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) erhielt die Bezeichnung Eisenhüttenkombinat J. W. Stalin (EKS).

Aus diesem Anlass erklärte der SED-Chef u.a.: „Der weise Stalin, der große Baumeister des Sozialismus, lehrte uns, dass wir besondere Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Städte in den Industriegebieten richten sollen, damit ihre Städte zu wirklichen Zentren des politischen und wirtschaftlichen Lebens werden. (...) Nur unter der Voraussetzung des Bestehens der Volksmacht ist es möglich, solche sozialistischen Städte zu bauen, wie das die erste sozialistische Stadt des Eisenhüttenkombinats ist. (...) Wir sind überzeugt, dass nach der Namensgebung die Neuererbewegung einen noch höheren Aufschwung erleben wird.“

ARBEITER GEGEN DIE SED

Es waren gerade einmal sechs Wochen vergangen, da erlebte die junge Stadt am Schnittpunkt von Oder und Oder-Spree-Kanal einen Aufschwung ganz anderer Art. Die Bauarbeiter, die zur Namenstaufe arbeitsfrei hatten, um dem Staatsakt die entsprechende Kulisse zu geben, begehrten gegen die Politik ebendieser „Volksmacht“ auf. Angesichts der schlechten Versorgung, sowohl mit Baumaterial als auch mit Konsumgütern und Nahrungsmitteln, hatte sich seit längerem eine Missstimmung auch in Stalinstadt ausgebreitet. Mit der Verkündung des Neuen Kurses am 9. Juni 1953 waren zwar die Preiserhöhungen für Lebens-

mittel und Bahntarife zurückgenommen worden und wurden Maßnahmen zur Verschärfung des Klassenkampfes gegen „Besitzbürger“, Großbauern und Kirchen abgemildert, aber der Beschluss über die Erhöhung der Arbeitsnormen um mindestens zehn Prozent bis 1. Juli blieb in Kraft. Dieser betraf besonders die Arbeiterschaft und führte angesichts der unzureichenden Rohstoff- und Materialbereitstellung zu weiteren Lohneinbußen. In dieser Situation kam es am 16. Juni 1953 zur Demonstration der Bauarbeiter der Berliner Stalinallee. Die Nachricht von diesem Arbeiterprotest verbreitete sich – von „Westsendern“ verstärkt – wie ein Lauffeuer in der DDR. Bereits einige Stunden später meldeten die Verantwortlichen, dass die Hafendarbeiter des Neuen Hafens, wo Güter des EKS sowie des Hüttenzementwerkes Ost (HZO) umgeschlagen



Montagsdemonstration im November 1989, vorbei an der Kreisredaktion des SED-Blattes „Neuer Tag“ in der damaligen Leninallee (heute Lindenallee)

Quelle: Norbert Gießler (Archiv Günter Fromm)

wurden, mit einem „Arbeitslangsam-Streik“ gegen die Verhältnisse protestierten. Die administrativ verfügte Normenerhöhung wurde zwar am Abend des 16. Juni zurückgenommen, aber dies änderte wenig an der Proteststimmung, und wie sich herausstellen sollte, ging es nicht mehr nur um Arbeitsnormen.

Im Situationsbericht der SED-Kreisleitung vom 17. Juni heißt es: „Die Schicht, die heute früh um 6.00 Uhr begann, brachte die Diskussion vom Streik der Bauarbeiter in Berlin mit in unser Werk ... Die Kollegen waren verärgert über die nicht termingemäße Zahlung der Löhne. Diese Kraftfahrer nahmen heute früh die Arbeit nicht auf. Es wurde früh ein LKW über die Gleise geschoben, um den Ringverkehr in der Stalinstadt zu unterbrechen.“ Schon bald flammte die Streikbewegung an anderen Plätzen der Baustelle auf.

Zum Schichtwechsel um 14.00 Uhr kam es zur Bildung von Gruppen, die andere Arbeiter aufforderten, durch „einen Streik Berlin zu unterstützen“. Schließlich formierte sich ein Demonstrationzug von ca. 2.000 Bauarbeitern, die Werkzeuge, Äxte sowie Hämmer demonstrativ bei sich führten. Unterwegs wurden Losungen gerufen wie „Wir unterstützen Berlin“, „Nieder mit der Regierung“ und „Wir wollen freie Wahlen“. Die Demonstranten entsandten eine Abordnung in das Parteihaus und forderten, dass führende Funktionäre auf den Marktplatz kämen und zu den Demonstranten sprächen. Sie hatten jedoch Order von ihrem Bezirkschef in Frankfurt (Oder), Gerhard Grüneberg (später Mitglied des Politbüros der SED), „nicht öffentlich zu den Demonstranten zu sprechen“.

Als ein Offizier der Registrierstelle der Kasernierten Volkspolizei, die sich ebenfalls im Hause befand, die Menge von seinem Fenster aus fotografierte, gingen die ersten Scheiben zu Bruch. Einige Bauarbeiter stürmten das Parteihaus, um die Herausgabe des Films zu erreichen. In einer Stellungnahme, die die Mitarbeiterin Hildegard Drechsler kurz danach verfasste, heißt es: „Ich stand im Flur vor der Meute und glaubte richtig zu handeln, indem ich den Genossen Hettwer bat, doch den Film herauszugeben. Es kam dann noch jemand von der Registrierabteilung die Treppen herunter und zog die Pistole. Darauf setzte ein Tumult ein.“ Über eine Fahnenstange kletterten Demonstranten in das Vorzimmer des Sekretariats und warfen Schriftstücke und Schreibmaschinen aus dem Fenster. Kurze Zeit darauf trafen Volkspolizisten und Sowjetsoldaten ein. Als ein Besatzungssoldat in die Luft schoss, suchte die Menge das Weite, wie es in der o.g. Stellungnahme heißt. Während auf dem Marktplatz die ersten Festnahmen erfolgten, wurden in den nächsten Tagen weitere Streikteilnehmer der großen Baustelle festgenommen, insgesamt 95 Personen.

Auch am folgenden Tag konnte, trotz Verhängung des Belagerungszustandes, von Normalität im Arbeitsalltag keine Rede sein. Bei der Bauunion Gleisbau Cottbus, die in Stalinstadt rund 700 Mitarbeiter beschäftigte, kam es am 18. Juni zu einer bemerkenswerten Betriebsversammlung. Im Verlaufe dieser Zusammenkunft wurde u.a. mehrheitlich die Absetzung der Regierung gefordert. In zehn Gerichtsprozessen vor dem Bezirksgericht Frankfurt (Oder) erhielten laut Aktenlage 26 Angeklagte insgesamt 47 Jahre und drei Monate Freiheitsentzug. Die Höchststrafe wurde gegen den 18-jährigen Brigadier Werner Unger verhängt, der acht Jahre Zuchthaus erhielt.

Aus Fürstenberg/Oder wurden die Elektromeister Walter Danschke und Oswald Balzer wegen Verletzung der Staats- und Gesellschaftsordnung zu drei Jahren bzw. zu einem Jahr verurteilt. Wegen seines entschiedenen Neins zur Vorbereitung der Einheitslistenwahl hatte Danschke bereits 1950 sein Mandat im Kreistag Guben bzw. in der Stadtverordnetenversammlung Fürstenberg aufgeben müssen, wo er Vorsitzender der CDU-Fraktion war. Außerdem wurden 70 Disziplinar- und Parteistrafen gegen SED-Funktionäre wegen mangelnder „revolutionärer Wachsamkeit“ ausgesprochen.

Das Kapitel 17. Juni wurde in der Öffentlichkeit praktisch totgeschwiegen. Die Zurückhaltung der Arbeiter am 17. Juni wurde zum einen dafür benutzt, den wahren Grund für die Erhebung zu verschleiern, und zum anderen, sie als „Rote Hochöfner“ vor den Karren des sozialistischen Wettbewerbs zu spannen, obwohl nach Aktenlage auch unter ihnen Streikende waren.

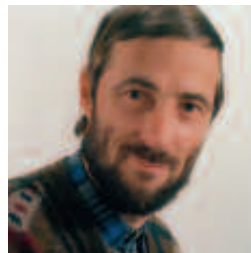
DER FRANKFURTER AUFRUF ZUM SONDERPARTEITAG

Mir bot sich 1988 die Gelegenheit, als Redakteur der CDU-Tageszeitung Märkische Union, Bezirksredaktion Frankfurt (Oder), zu arbeiten. Damit erlebte ich die Wende nicht nur als Demonstrant in Eisenhüttenstadt, sondern gleichzeitig als Berichterstatter.

Während einer Tagung mit Ortsvorsitzenden lernte ich 1988 Dr. Else Ackermann aus Neuenhagen bei Berlin kennen. Sie las ein kritisches und polemisches Thesenpapier vor, das an den Hauptvorstand gerichtet war und später noch für einigen Wirbel sorgte. Tags darauf musste ich beim Bezirksvorsitzenden erscheinen, der mich anwies, nicht darüber in der Märkischen Union zu berichten. Die „Ausreisebewegung“ und das Schweigen der CDU-Führung darüber veranlassten zehn „Querflöten“ der Partei, darunter Dr. Else Ackermann, zu einer Beratung am 10. Oktober 1989. Gastgeber war Andreas Helgenberger, Sachsendorf/Oderbruch. Er war wegen kritischer Berichterstattung über die Vorbereitung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 als Redakteur von DIE UNION in Dresden entlassen worden und somit arbeitslos. Im Ergebnis der Beratung, inspiriert durch den „Brief aus Weimar“ vom 10. September 1989 sowie ermutigt durch das Protestschreiben von Redakteuren der Dresdner UNION vom 29. September 1989 an Wolfgang Heyl, der beim Hauptvorstand für die CDU-Presse Verantwortung trug, verfassten wir den „Frankfurter Aufruf

zum Sonderparteitag“. Den Aufruf versandten wir an den Hauptvorstand, an sämtliche Bezirks- und Kreissekretariate sowie an alle Redaktionen unserer Parteipresse – vorerst. Republikweit wurde der Aufruf am 6. November 1989 in der NEUEN ZEIT veröffentlicht, und der Sonderparteitag fand im Dezember 1989 statt.

Als ich am 26. Oktober nach einem Auslandsurlaub in der Redaktion erschien, teilte mir der verantwortliche Redakteur mit, ich könne jetzt schreiben, worüber ich wolle. Es war ein bewegender Moment nach allen Verboten und Einengungen – endlich Pressefreiheit! In Eisenhüttenstadt hatte inzwischen die erste große Dialog-Veranstaltung stattgefunden und am Montag, dem 30. Oktober, die erste größere Montagsdemonstration. Bei den Ausführungen des 1. Sekretärs der Kreisleitung der SED auf der 2. Dialog-Veranstaltung riefen viele laut: „Zurücktreten!“ Er entgegnete: „Ob und wann ich zurücktrete, bestimmt immer noch meine Partei.“ Auf Anraten seiner Ärzte, wie es hieß, trat er vierzehn Tage später zurück.



GÜNTER FROMM

geb. 1947, ist Diplom-Historiker und Diplom-Museologe.